Polizist an deutsch-österreichischer Grenze in Kiefersfelden

ROLAND MÜHLANGER / IMAGO

Europa

Rückkehr der Grenzen

Deutschland will Kontrollen verlängern und beruft sich auf Terrorgefahr.

Die Bundesregierung will die Reisefreiheit in Europa für längere Zeit einschränken als bislang geplant. Das geht aus dem Protokoll einer internen Sitzung der EU-Botschafter in Brüssel hervor. EU-Bürger dürfen sich im sogenannten Schengen-Raum grundsätzlich frei bewegen. Im Zuge der Flüchtlingskrise hatten Deutschland und andere EU-Staaten im Herbst 2015 damit begonnen, Reisende an den Grenzen aufzuhalten, nach Pässen zu fragen und vereinzelt Fahrzeuge zu durchsuchen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière hatte angekündigt, die Kontrollen nur „vorübergehend" einzuführen, diese dann jedoch mehrfach verlängert – zuletzt bis Februar 2017. Obwohl derzeit kaum noch Flüchtlinge nach Deutschland kommen, will die Bundesregierung die Frist für Kontrollen verlängern. Die „Filterfunktion der Außengrenzen" sei nicht gegeben, heißt es in dem Protokoll. Außerdem lägen der Bundesregierung Hinweise vor, dass sich unter den Flüchtlingen Terroristen befänden. Die EU-Kommission reagiert verhalten auf den Vorstoß aus Berlin. Bei der Sitzung der EU-Botschafter mahnte ein Kommissionsvertreter, Deutschland müsse eine angebliche Terrorgefahr als Begründung für Grenzkontrollen genauer erläutern. „Wir müssen für ein offenes, gerechtes Europa kämpfen", sagt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag. „Ein Zurück zu nationalen Grenzen ist der falsche Weg." pop

Sozialabgaben

SPD plant Entlastung für Geringverdiener

Die Sozialdemokraten wollen mit der Forderung nach einer Senkung der Sozialabgaben für Geringverdiener in den Wahlkampf ziehen. „Wir brauchen keine Steuersenkungen mit der ‚Gießkanne' für alle", heißt es in einem Konzept, das derzeit in der Parteispitze diskutiert wird und das auf den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Carsten Schneider, zurückgeht. Mit einem Zuschuss zu den Sozialabgaben ließen sich dagegen gezielt Bürger mit kleinen bis „hin zu mittleren Einkommen entlasten – die ohnehin kaum Steuern zahlen". Parteichef Sigmar Gabriel hat in der Vergangenheit große Sympathie für den Vorschlag einer Senkung der Sozialabgaben erkennen lassen. Das SPD-Modell sieht vor, Geringverdiener um rund 5,5 Milliarden Euro zu entlasten. Weil die Menschen, die davon profitieren, ein höheres Nettoeinkommen erfahrungsgemäß in den Konsum stecken, rechnet die Partei mit positiven Effekten für die Konjunktur. Im Detail ist geplant, dass Ledige bis zu einem Einkommen von 15 500 Euro pro Jahr einen Bonus von 400 Euro erhalten. Dieser soll nicht auf Sozialleistungen wie Hartz IV angerechnet werden. Wer mehr als 15 500 Euro verdient, soll einen Zuschuss zu den Sozialabgaben bekommen, der bis zu einem Einkommen zwischen 20 000 und 25 000 Euro langsam abschmilzt. Für Verheiratete sollen die doppelten Einkommensgrenzen gelten. Die SPD begründet ihren Vorschlag damit, dass in Deutschland zwar 47,3 Millionen Steuerpflichtige leben, davon allerdings 25,3 Millionen „keine oder nahezu keine Steuern" zahlen, „weil sie zu wenig verdienen und deshalb freigestellt sind". Weiter heißt es: „Wenn wir also den Steuertarif verändern und Steuersätze unten senken (und oben erhöhen), hätten diese Menschen nichts davon." böl

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel